

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

Antragsdebatte Leitantrag

Diese neue Version des Leitantrages wurde vom **Antragsteller (Geschäftsführender Landesvorstand)** aktualisiert und leicht verändert. Das betrifft nur die kursiven Textabschnitte. Die am 6.12. bereits beschlossenen Änderungen werden entsprechend Protokoll redaktionell eingearbeitet. Der GLV schlägt dem Landesparteitag am 1.2. diese neue Version als Beratungsgrundlage vor.

Antrag Landesparteitag – 1. Februar 2009

Sofortprogramm und Aktionsplan zur Wirtschafts- und Finanzkrise

Wir erleben gerade die größte Krise des kapitalistischen Weltfinanzsystems in der Nachkriegsgeschichte. Jeden Tag lesen wir neue Hiobsbotschaften. Über Nacht müssen mit Milliardensummen Banken gerettet werden. Die Regierungen, die das hohe Lied auf die Freiheit der Finanzmärkte gesungen hatten, überbieten sich in Bürgschaften und Garantien über unvorstellbare Summen. Die große Koalition hat einen Schutzschirm für in die Krise geratene Banken in Höhe von 500 Milliarden Euro aufgespannt. Und es ist absehbar, dass dies nicht reicht. Die deutschen Banken haben noch Risiken von mindestens 300 Milliarden Euro in ihren Büchern, Schätzungen gehen von einem Volumen von bis zu 1 Billion Euro aus.

Alle elementaren Anforderungen sozialer Gerechtigkeit wurden in den letzten 15 Jahren abgelehnt mit dem Argument, es wäre kein Geld da und wir könnten die junge Generation nicht mit Schulden belasten. Rentenkürzungen, Verschlechterungen im Gesundheitssystem, die unsäglichen Hartz-Gesetze wurden damit begründet.

Jetzt erleben wir plötzlich, dass ganz andere Summen vorhanden sind, wenn es nicht um die materiell Schwachen, sondern um die Reichen geht. Ihre Verluste soll nunmehr die Allgemeinheit finanzieren, damit das ganze Kartenhaus nicht völlig in sich zusammenbricht.

50 Seit Jahren warnen attac, Gewerk-
51 schaften, linke Ökonomen/innen und
52 DIE LINKE, bzw. ihre Gründungspartei-
53 en, vor den Risiken der liberalisierten
54 Finanzmärkte. Diese Warnungen wur-
55 den allesamt in den Wind geschlagen.
56 Sowohl die große Koalition als auch die
57 Vorgängerregierung haben tatkräftig
58 geholfen, um die riskanten Finanzge-
59 schäfte und die Spekulation zu erleich-
60 tern. Alle Anträge der Partei DIE LINKE
61 auf Regulierung, Einführung einer Bör-
62 senumsatzsteuer, Managerhaftung,
63 usw. wurden von der Regierung bisher
64 lächelnd ignoriert und abgelehnt. Die
65 gleichen Politiker, die heute ihre Ver-
66 antwortung für die Krise verschleiern,
67 können keine glaubwürdigen Lösungen
68 für die Überwindung der Krise anbieten.
69 Ihre Politik ist gescheitert und muss
70 abgelöst werden.

71 Indem den arbeitenden Menschen aus-
72 reichende Lohnerhöhungen vorenthal-
73 ten wurden, sind sie um rund 500 Mil-
74 liarden Euro enteignet worden. Die
75 Steuerpolitik hat darüber hinaus für
76 eine weitere Umverteilung von unten
77 nach oben in der Größenordnung von
78 500 Milliarden Euro gesorgt. Damit sind
79 breite Teile der Bevölkerung um eine
80 gute Daseinsvorsorge betrogen wor-
81 den. In der Summe haben allein in den
82 letzten zehn Jahren die Unternehmer
83 und Vermögensbesitzer rund eine Billi-
84 on Euro an zusätzlichen Profiten ein-
85 kassiert.
86

87	Die jahrelang versprochenen Kapital-	140	rungsdruck kommen. Das wäre dann
88	renditen von 15, 20 oder gar 25 Prozent	141	der dritte Akt der Umverteilung zu
89	mussten bedient werden. Sie wurden	142	Gunsten des Kapitals.
90	bezahlt durch Reallohnverluste, dem	143	Wir sehen heute, wie schnell sich das
91	Abbau bis hin zur Zerschlagung der	144	Kapital auf die neue Situation einstellt
92	Sozialsysteme, Steuerentlastung für die	145	und bereits wieder den Versuch startet,
93	Reichen und Mehrwertsteuererhöhung	146	die Krise zu seinen Gunsten zu nutzen.
94	für die Masse der Bevölkerung. Die	147	Ideologisch ist die Politik des Neolibera-
95	hohen Renditen übten zugleich gewal-	148	lismus erheblich in die Krise geraten.
96	tigen Druck auf die produktiven Berei-	149	Das wird jedoch nur eine kurze Periode
97	che aus. Dort sollten nämlich ähnlich	150	dauern, wenn die Gewerkschaften und
98	hohe Profite erzielt werden. Rationali-	151	die Linkskräfte in der Zuschauerrolle
99	sierungsdruck, Arbeitsplatzabbau, Zer-	152	verharren.
100	schlagung ganzer Konzerne, Ausglie-	153	Deshalb will die LINKE in Baden-
101	derung und Zergliederung waren und	154	Württemberg dazu beitragen, dass sich
102	sind die andere Seite der gleichen Me-	155	die Menschen in einem breiten Bündnis
103	daille des finanzgesteuerten Kapitalis-	156	unter dem Einschluss der Gewerk-
104	mus.	157	schaften gegen die Politik der Bundes-
105	Das größte Hilfsprogramm in der Nach-	158	regierung und der Kapitalverbände zur
106	kriegsgeschichte muss in vielfacher	159	Wehr setzen und für einen grundlegen-
107	Hinsicht von der Mehrheit der Bevölke-	160	den Politikwechsel eintreten. Wir schla-
108	rung bezahlt werden. Dieses Geld fehlt	161	gen ein Sofortprogramm als Alternative
109	an anderer Stelle, bei der Finanzierung	162	zum Hilfsprogramm der Bundesregie-
110	der Renten, des Gesundheitssystems,	163	rung vor, das zugleich die Basis für ein
111	der Bildung, den Kindertagesstätten	164	breites Bündnis ist, eine grundsätzliche
112	und anderen wichtigen sozialen Ausga-	165	Alternative zur Politik der Bundesregie-
113	ben. Das ist der zweite Akt der Umver-	166	rung und der Arbeitgeberverbände bie-
114	teilung zu Gunsten der Kapitalbesitzer	167	tet und eine klare Absage der neoliberalen
115	und Vermögenden.	168	Politik der letzten 15 Jahre bein-
116	Finanzkrise verschärft Wirtschaftskrise	169	haltet. Dieses Sofortprogramm ist für
117		170	uns Arbeitsgrundlage für außerparla-
118	Mit rasender Geschwindigkeit ver-	171	mentarische Mobilisierungen, gemein-
119	schärft die Finanzkrise die schon seit	172	sam mit Gewerkschaften, sozialen Ver-
120	Frühjahr 2008 begonnene zyklische	173	bänden und Bewegungen gegen eine
121	Wirtschaftskrise. Die Automobilindustrie	174	erneute Umverteilung zugunsten der
122	erlebt ihre größte Krise seit über 20	175	Kapitalbesitzer und Vermögenden.
123	Jahren. Erste existenzielle Auswirkun-	176	
124	gen auf die Zulieferindustrie sind unü-	177	
125	bersehbar. Der Export stürzt ab. <u>Gera-</u>	178	
126	<u>de Baden-Württemberg ist hiervon be-</u>	179	Das Sofortprogramm enthält folgende
127	<u>troffen</u> . Der Binnenmarkt kann das nicht	180	Eckpunkte:
128	auffangen, weil in Deutschland über	181	
129	Jahre der Reallohn nicht gestiegen ist	182	
130	und die meisten Menschen zu wenig	183	
131	Geld zum konsumieren haben.	184	
132	In dieser Situation kommen schon die	185	
133	ersten Stimmen hoch, dass die Ge-	186	
134	werkschaften sich bei den Lohnforde-	187	
135	rungen zurückhalten sollen. Wir können	188	
136	darauf warten, dass neue Sparrunden	189	
137	im sozialen Bereich gefordert werden	190	
138	und die Bereiche der öffentlichen Da-	191	
139	seinsvorsorge erneut unter Privatisie-		

1. Das Casino muss geschlossen werden! **Öffentliche Kontrolle über die Banken und das Finanzsystem sowie Regulierung der Finanzmärkte:** Vergesellschaftung aller Banken; Verbot von Leerverkäufen, außerbilanziellen Zweckgesellschaften, Derivaten, Hedge-Fonds; Verpflichtung der Landesbanken auf ihren öffentlichen Auftrag; Trockenlegung der

- 192 Steueroasen, Kapitalverkehrskontrollen. Volle parlamentarische Kontrolle und Transparenz über die Verwendung von Hilfsfonds.
- 193
- 194
- 195
- 196 2. **Die Profiteure der Finanzmarktgeschäfte, Reiche und Kapitalbesitzer müssen bezahlen:** Umsetzung des Steuerpolitischen Konzeptes des Parteivorstandes DIE LINKE mit Mehreinnahmen von 160 Milliarden Euro. D.h.: Einführung einer Millionärssteuer von 5 Prozent, deutliche Erhöhung der Unternehmensbesteuerung, Absenkung der Steuer für niedrige und mittlere Einkommen bei gleichzeitiger Erhöhung des Spitzensteuersatz auf bis zu 60 %, Erhöhung der Erbschaftsteuer, Einführung einer Finanztransaktionssteuer und weiteres mehr.
- 197
- 198
- 199
- 200
- 201
- 202
- 203
- 204
- 205
- 206
- 207
- 208
- 209
- 210
- 211
- 212
- 213 3. Konjunktur- und Zukunftsinvestitionsprogramm: Hierfür sind jährlich 100 Milliarden Euro einzusetzen. Damit können zwei bis drei Millionen tariflich abgesicherte und sinnvolle Arbeitsplätze für soziale Dienste und Infrastruktur, Kinderbetreuung, Bildung und Wissenschaften (Abschaffung dreigliedriges Schulsystem), Verbesserungen im Gesundheitswesen, Verkehr und ökologischem Umbau geschaffen werden. Die Kommunen müssen besonders bei der Zuweisung von zusätzlichen Mitteln berücksichtigt werden. Ein besonderer Schwerpunkt muss sein ein ...
- 214
- 215
- 216
- 217
- 218
- 219
- 220
- 221
- 222
- 223
- 224
- 225
- 226
- 227
- 228
- 229
- 230
- 231 4. Zukunftsprogramm für den ökologischen Umbau: Beschleunigte Umstellung auf regenerative Energieformen mit Verstaatlichung und Anpassung der Stromnetze, Bereitstellung eines Fonds zur Finanzierung der energetischen Sanierung des privaten und öffentlichen Gebäudebestandes, Ausbau des Schienenverkehrs und des ÖPNV.
- 232
- 233
- 234
- 235
- 236
- 237
- 238
- 239
- 240
- 241 5. **Stärkung des öffentlichen Sektors (Daseinsvorsorge):** Bessere Finanzausstattung der Kommunen,
- 242
- 243
- 244
- 245
- 246
- 247
- 248
- 249
- 250
- 251
- 252
- 253
- 254
- 255
- 256
- 257
- 258
- 259
- 260
- 261
- 262
- 263
- 264
- 265
- 266
- 267
- 268
- 269
- 270
- 271
- 272
- 273
- 274
- 275
- 276
- 277
- 278
- 279
- 280
- 281
- 282
- 283
- 284
- 285
- 286
- 287
- 288
- 289
- 290
- 291
- 292
- 293
- 294
- 295
- Stop von Private-Partnership-Projekten. Keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, im Gegenteil die Rekommunalisierung ist notwendig. Keine (Teil-) Privatisierung der Bahn.
6. **Arbeitszeitverkürzung: Statt Arbeitslosigkeit Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich.**
7. **Rücknahme der Teilprivatisierung des Rentensystems und der Rente mit 67:** Ausbau des gesetzlichen umlagefinanzierten Rentensystems; Wiederherstellung der alten Rentenformel und der Lebensstandardsicherung durch die Gesetzliche Rente sowie Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut. Nachzahlung der seit 1999 nicht gezahlten Rentenerhöhungen.
8. **Rücknahme Agenda 2010 und der verhängnisvollen Hartz-Gesetze.** Im ersten Schritt muss die Grundsicherung auf 435 € angehoben werden. Wichtig ist darüber hinaus die Individualisierung der Leistungen, also die Aufhebung der Logik der Bedarfsgemeinschaften. Wir wollen menschenwürdige Zumutbarkeitsregeln. Sanktionen gegen Erwerbslose darf es nicht geben.
9. **Keine Lohnsenkungen sondern Realloohnerhöhung:** Austrocknung des Niedriglohnssektors durch Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8 Euro plus und die schnelle Erhöhung auf 10 Euro; Zurückdrängung und Verbot der Leiharbeit, als erster Schritt: höhere Bezahlung der Leiharbeiter (Flexibilitätsbonus); Einschränkung befristeter Arbeitsverhältnisse, usw.
10. **Soziale Bedingungen an staatliche Hilfe:** Staatliche Hilfgelder und Bürgschaften müssen an soziale Bedingungen geknüpft werden, wie Schutz vor Entlassungen, Erhalt der tariflichen Standards;

296	Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich anstatt Arbeitsplatzvernichtung.	346	
297		347	
298		348	
299	11. Ausweitung der Demokratie und politisches Streikrecht; Einführung des politischen Streikrechts, wie in anderen europäischen Ländern.	349	
300		350	
301		351	
302		352	
303		353	
304	DIE LINKE BaWü denkt diese Alternativen auch im internationalen Maßstab.	354	
305	Der Zusammenschluss der Linkskräfte in Europa und der ganzen Welt und die internationalen Verbindung der Proteste und Gegenwehr halten wir für eine wichtige Bedingung für die Lösung der Krise.	355	
306		356	
307		357	
308		358	
309		359	
310		360	
311		361	
312	Die LINKE will einen grundlegenden Politikwechsel. Dazu gehört auch, dass die führenden Repräsentanten der neoliberalen Politik ihren Hut nehmen müssen. Dabei geht es nicht um Personalisierung einer Systemfrage aber um wichtige Symbole. Politiker, Kapitalvertreter und Personen des öffentlichen Lebens, die über Jahre wesentliche Vertreter der neoliberalen Politik waren, müssen zur Verantwortung gezogen werden, wie Finanzminister Steinbrück, Bahnchef Mehdorn, Hans-Werner Sinn oder Günther Oettinger.	362	
313		363	
314		364	
315		365	
316		366	
317		367	
318		368	
319		369	
320		370	
321		371	
322			
323			
324			
325			
326	Die LINKE in Baden-Württemberg hält die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise für eine Systemkrise, die die Frage nach einer grundlegenden Alternative zum kapitalistischen System erneut aufwirft. Die LINKE in BaWü wird sich deshalb an der Kritik <u>des Kapitalismus und seiner gewaltigen Destruktivkräfte</u> beteiligen, ebenso wie an der Herausbildung grundlegender Alternativen.		
327			
328			
329			
330			
331			
332			
333			
334			
335			
336			
337			
338	Außerparlamentarische Gegenwehr und Mobilisierung		
339			
340	DIE LINKE in Baden-Württemberg hält es für vordringlich, in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis außerparlamentarische Gegenwehr gegen die Politik der Bundesregierung und der Kapitalverbände zu organisieren:		
341			
342			
343			
344			
345			